

Information zur Erhebung von Personenbezogenen Daten nach Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Diese Information bezieht sich auf die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit den Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde, der unteren Immissionsschutzbehörde, der unteren Abfallrechtsbehörde und der unteren Bodenschutzbehörde nach dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Bayerischen Naturschutzgesetz, dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Bayerischen Immissionsschutzgesetz, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz, dem Bundesbodenschutzgesetz, dem Bayerischen Bodenschutzgesetz, dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, dem Umwelthaftungsgesetz und dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz, jeweils einschließlich deren Nebengesetzen und den jeweils zugehörigen Verordnungen. Voraussetzung des sachlichen Anwendungsbereiches der Datenschutzgrundverordnung ist das Vorliegen von personenbezogenen Daten gem. Art. 4 Nr. 1 DSGVO. Nicht darunter fallen insbesondere Angaben zu Grundstücksgröße, Form und Kubatur der jeweiligen Gebäude.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist das
Landratsamt Lindau (Bodensee)
Stiftsplatz 4
88131 Lindau (Bodensee)
E-Mail: poststelle@landkreis-lindau.de
Tel.: 08382 270-0

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter des Landkreises Lindau (Bodensee)
Stiftsplatz 4
88131 Lindau (Bodensee)
E-Mail: datenschutz@landkreis-lindau.de
Tel.: 08382 270-0

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

a) Zweck

Die Daten werden erhoben, um Aufgaben der der unteren Naturschutzbehörde, der unteren Immissionsschutzbehörde, der unteren Abfallrechtsbehörde und der unteren Bodenschutzbehörde nach dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Bayerischen

Naturschutzgesetz, dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Bayerischen Immissionsschutzgesetz, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetz, dem Bundesbodenschutzgesetz, dem Bayerischen Bodenschutzgesetz, dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, dem Umwelthaftungsgesetz und dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz, jeweils einschließlich deren Nebengesetzen und den jeweils zugehörigen Verordnungen, zu erfüllen:

- naturschutzrechtliche Anträge und Anzeigen
- immissionsschutzrechtliche Anträge und Anzeigen
- abfallrechtliche Anträge und Anzeigen
- bodenschutzrechtliche Anträge und Anzeigen
- Anordnungen und sonstige Maßnahmen nach dem Umwelthaftungsgesetz
- Anträge nach dem Umweltinformationsgesetz
- Sonstige Maßnahmen im Vollzug der in Ziff. 4 a Satz 1 genannten Rechtsvorschriften

b) Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Bayer. Datenschutzgesetz (BayDSG) in Verbindung mit dem nach Ziff. 4 a Satz 1 anzuwendenden Fachgesetz

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden entsprechend der gesetzlichen Aufgabenerfüllung an die jeweils zuständigen Stellen weitergegeben. Dazu gehören je nach Aufgabe insbesondere die Träger öffentlicher Belange, die zuständigen Fachbehörden, die zuständigen Regierungen, die bayerischen Staatsministerien, die zuständigen Gerichte, die betroffenen Gemeinden, die im Vollzug der vorgenannten Vorschriften beauftragten Gutachter und Sachverständigen sowie die im Vollzug von Verwaltungszwangmaßnahmen zur Erfüllung der vorgenannten Aufgaben beauftragten Dritten und die sonstigen beauftragten Dritten.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden entsprechend der gesetzlichen Aufgabenerfüllung so lange gespeichert wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten notwendig ist. Grundstückbezogene Antrags- und Genehmigungsdaten werden nicht gelöscht, da sie Bestandsschutz vermitteln.

7. Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder

Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenvereinbarung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mit Hilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen ggf. ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

8. Widerrufsrecht

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

9. Weitergehende Informationen nach Art. 14 DSGVO

Gemäß Art. 14 DSGVO dürfen wir Sie darüber informieren, dass wir i.d.R. im Rahmen des Verfahrens personenbezogene Daten für die erforderliche Verarbeitung durch andere im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren beteiligte Behörden oder Gerichte erhalten. Weiter werden personenbezogene Daten durch geografische Informationssysteme erhoben.

10. Hinweis

Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben.